

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jäger.

Bezugspreis:
Preis des Monats 2,40 Mk.
Preis des Quartals 7,20 Mk.
Preis des Halbjahrs 12,00 Mk.
Preis des Jahres 24,00 Mk.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Hg., Kellera-
zeile 100 Hg. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 299

Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 23. Dezember 1919.

Jahrgang 1.

Vor jedem steht ein Bild
Des, das er werden soll;
Solange er das nicht ist,
Ist nicht sein Friede voll.

Kopenhagen und London.

Die Verhandlungen in Kopenhagen, welche vom 25. November bis zur zeitweiligen Abberufung des englischen Vertreters D'Grady etwa am 10. Dezember gedauert haben, bilden einen wichtigen Markstein in der Geschichte Sowjet-Rußlands. Sie sollten offiziell nur zur Regelung des Gefangenenaustausches dienen und über diese Frage soll nach der Rückkehr von D'Grady weiter verhandelt werden. Daß aber mehr geplant war, geht schon aus der Sendung Litwinows, eines der besten Köpfe aus Lenins Umgebung, hervor. Er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß Rußland mit Amerika und England in gute Beziehungen zu kommen wünsche, um das wirtschaftliche Leben durch fremdes Kapital wieder in Fluß zu bringen. Wirtschaftliche Gesichtspunkte sind für die Bolschewisten ausschlaggebend gewesen. In einer Reihe von Veröffentlichungen hat sich der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, sehr entgegenkommend gegen England ausgesprochen, den verständlichen Ton in Lloyd Georges Guildhall-Rede anerkannt und versucht, einen Keil zwischen England und Frankreich zu treiben, indem er die Engländer auffordert, sich nicht allzu sehr in das französische Schlepptau nehmen zu lassen. Um Deutschland hat man sich während der ganzen Verhandlungsperiode wenig gekümmert. Wenn man den englischen Sachverständigen für Sowjet-Rußland, Oberst Malone, dankt, so besteht bei den Bolschewisten bisher auch keine Neigung, sich Deutschland zu nähern, wahrscheinlich weil es ihnen wirtschaftlich nicht stark genug ist. Oberst Malone gab die für englische Ohren beruhigende Erklärung ab: „Solange hervorragende Mitglieder der englischen Regierung den Frieden mit Sowjet-Rußland für wünschenswert hielten, solange noch keine endgültige Ablehnung von englischer Seite erfolgt sei, beabsichtigt die Sowjetregierung nicht, die Verbindung mit Deutschland aufzunehmen.“

Litwinow hat von Kopenhagen aus der englischen Regierung tatsächlich ein Friedensangebot übermittelt. Der 7. allrussische Sowjet-Kongress hat erklärt, daß es sich um ein „reelles Friedensangebot“ handle. Die Bedingungen werden die gleichen gewesen sein, wie bisher immer. Rußland bekennt sich zu seinen auswärtigen Verpflichtungen, verzichtet auf bolschewistische Propaganda und Einmischung in fremde Angelegenheiten, erkennt alle auf russischem Gebiet bestehenden Regierungen an, fordert von England ein gleiches und verlangt für alle Glieder der Sowjetrepublik einen Verkehr mit dem Ausland. Daß die Blockade aufgehoben und alle Truppen zurückgezogen werden müssen, ist selbstverständlich. Das Friedensangebot ist aber abgelehnt. Harnsworth, der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, erklärte dem Unterhaus, man habe den Brief Litwinows ungeöffnet zurückgeschickt, da die englischen Vertreter nicht den Auftrag gehabt hätten, derartige Anträge Rußlands überhaupt entgegenzunehmen, und Lloyd George fügte hinzu, daß an einen Frieden mit Rußland nicht eher zu denken sei, als bis in Rußland selbst der Friede zwischen den feindlichen Parteien hergestellt wäre. Trotzdem wird man in der Ablehnung keinen endgültigen Bruch Englands und Rußlands sehen dürfen. England kommt es in erster Linie darauf an, wirtschaftlich in Rußland Boden zu fassen und damit ist auch den zu großen Konzessionen bereiten Russen jetzt am meisten bedient. Eine direkte diplomatische Verbindung ist ja nicht unerlässliche Vorbedingung für die Anknüpfung von Handelsbeziehungen. Der englische Kaufmann wird sicher auch ohne den Abschluß des Friedens versuchen, in Rußland wirtschaftliche Beziehungen zu machen und dadurch die politische Verständigung onbahnen.

Die Ablehnung des Friedensangebotes, die übrigens von Litwinow nur als eine Formalität betrachtet wird, steht im engsten Zusammenhang mit dem Besuch Clemenceaus in London. Die Behandlung der russischen

Frage hat dort auch eine große Rolle gespielt. In ihr bestand eine starke Spannung zwischen der englischen und französischen Regierung. Die französische Presse warnte die Engländer fortgesetzt vor den Frieden mit Rußland und vor „abenteuerlichen Verbindungen“. Von einer Verständigung mit den Bolschewisten will man in Paris nichts wissen und am wenigsten Clemenceau, der ja seine Wahl unter dem Schlagwort „Gegen den Bolschewismus“ gewonnen hat. Auch die russischen Hinweise, daß erst durch den Frieden die Aussicht auf die Begleichung der großen französischen Schuld zunehme, hat in Frankreich keinen Eindruck gemacht. Man traut dem bolschewistischen System die Kraft der wirtschaftlichen Erneuerung nicht zu. Mit einem schwachen Rußland ist aber den Franzosen nicht gedient, da sie einen Schutz gegen Deutschland im Osten für dringend nötig erachten. Der Gegensatz zwischen den englischen und französischen Interessen ist leicht zu erkennen, wenn man bedenkt, was man hüben und drüben des Kanals fürchtet und wovor man sich schützen will. Frankreich starrt wie vernarrt auf den nunmehr geklagerten Erzfeind und sucht nach Bundesgenossen für den Fall seiner Erstarkung. Darum will es ein mächtiges Rußland haben und sucht von der Notwendigkeit eines solchen auch die Engländer zu überzeugen. Daß Lloyd George will, sie nicht recht anerkennen. Er hat sich erst in seiner Rede vom 17. November wieder auf Lord Beaconsfield berufen; dieser hat aber „ein großes, gigantisches, kolossales Rußland, welches immer größer wird und sich gleichartig auf die Grenzen von Persien, auf Afghanistan und Indien bewegt, als die größte Gefahr bezeichnet, welcher das britische Weltreich ausgesetzt werden könnte.“ Der französische Tempel, dem diese Erinnerung großen Verdruß bereitet hat, sucht, aber wahrscheinlich vergeblich, die englischen Freunde davon zu überzeugen, daß sich auch ein Lord Beaconsfield irren könne. Die endgültige Regelung der russischen Frage, die den Ententepolitikern großes Kopfzerbrechen bereitet, ist auf das Frühjahr verschoben. Vorläufig hat man sich französischen Nachrichten zufolge auf einer mittleren Linie geeinigt. Weder die Bolschewisten noch die Gegenrevolution sollen in Zukunft unterstützt werden, man will sich vielmehr völlig neutral verhalten. Diese Regelung bedeutet ein Opfer des französischen Interventionismus, der auch in England noch einige Sympathien hat, ebenso aber auch einen Verzicht auf englisch-russische Verständigung.

Politisch sah sich also England zum Nachgeben gezwungen, da es sonst allein gestanden hätte. Man muß die Londoner Verhandlungen mit den übrigen wichtigen Ereignissen der großen Politik zusammen betrachten. Sie fanden unmittelbar nach der Abreise der amerikanischen Friedensdelegation statt. Am selben Tage, wo Herr Foll mit seinem Stabe in Vrest den Dampfer bestieg, fuhr Herr Clemenceau nach London, und kurz zuvor war D'Grady aus Kopenhagen zurück berufen. Mit der Abreise der Amerikaner sind die Pariser Verhandlungen in ein neues Stadium getreten. Amerika lockert seine Beziehungen zu Europa. Um eine ernstliche Spannung mit ihm zu vermeiden, muß es also mit doppelter Vorsicht behandelt werden. Einem Frieden mit Rußland ist man aber in man aber in Washington, wo die Angst vor dem Bolschewismus sehr groß ist, völlig abgeneigt. Auch Japan, das erst kürzlich mit Rußland ein Abkommen getroffen hat, und nach Churchills Angaben im Unterhaus die stärkste Truppenmasse in Rußland (Sibirien) besitzt, widersteht sich einer Verständigung mit dem Bolschewismus, was bei seiner ausgesprochen aristokratischen Regierung leicht verwundern kann. An beiden Ländern hat also Clemenceau Bundesgenossen und England mußte unter ihrem Druck darauf verzichten, politische Vereinbarungen mit Litwinow zu treffen. Es ist vorläufig noch viel zu tief mit den Angelegenheiten seiner Verbündeten verwickelt, als daß es ohne Rücksicht auf sie nach eigenem Ermessen handeln könnte.

Daß man aber in England mit einer Erstarkung der künftigen Sowjetregierung rechnet und endgültig darauf verzichtet hat, sie zu bekämpfen, zeigt die Mitteilung an die baltischen Staaten, daß man ihre „Verhandlung“ mit Sowjet-Rußland keine Schwierigkeiten in den Weg legen würde. Diese in Dorpat gepflogenen Verhandlungen sind zwar noch nicht zu einem endgültigen Abschluß gekommen, vielmehr bis zum Ende des Monats vertagt worden. Sie wurden auf russischer Seite

von Joffe, der auch in Brest-Litowsk verhandelte, dem deutschen Botschafter entlassenen Radet und Krassin geführt. Neuerdings wird der aufrichtige Friedenswille der Bolschewisten bezweifelt. Man behauptet, sie haben es nur auf Zersplitterung der baltischen Staaten abgesehen. Viel ist bisher nicht erreicht worden. Finnland, Polen und die Ukraine haben sich überhaupt nicht beteiligt. Lettland und Litauen sind anscheinend wieder zurückgetreten und mit den Esten gab es Schwierigkeiten über die Grenzregulierung. Wenn aber die Entente wirklich darauf verzichtet, die Randstaaten gegen Sowjet-Rußland zu stützen, werden sie sich schließlich doch zu einer Verständigung bereit zeigen müssen. England hat sicher ein Interesse an der Beruhigung des Landes, damit es sich um so eher in den Ostseeprovinzen festsetzen kann, um von dort aus Rußland mit seinen Handelsunternehmungen zu überfluten. Schwache, aber doch mit Rußland in Frieden lebende Staatsgebilde an der Ostseeküste, sind für England das Günstigste, und darum wird es dort einen politischen Schwebestand aufrecht zu erhalten suchen. Indem es den Frieden mit den Randstaaten begünstigt, erweist es sich auch den Bolschewisten gefällig, ohne deshalb mit seinen Verbündeten brechen zu müssen. Es kommt ihm eben alles darauf an, Rußland entgegenkommen zu zeigen, um es nicht in die Arme Deutschlands zu treiben und die Wiederholung der ihm so gefährlichen Bismarckschen Politik zu vermeiden. Das hat besonders Winston Churchill offen ausgesprochen. Aus diesem Grunde ist er auch für eine mildere Behandlung Deutschlands im Westen eingetreten. England will ein bestes, aber schwaches und von ihm wirtschaftlich und politisch abhängiges Rußland. Da ihm die Bolschewisten jetzt stark genug zu sein scheinen, die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten und einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen, andererseits aber nicht für so mächtig gehalten werden, daß man sich fürchten könnte, so sucht England ihre Notlage auszunutzen, indem es das an sich reiche Land unter die Botmäßigkeit seines Kapitals bringt und es dadurch auch politisch von sich abhängig macht. Von dieser wohlbedachten Politik wird es sich auch nicht durch seine Bundesgenossen abbringen lassen. Sie kann nur durch eine englandfeindliche, nationale Strömung in Rußland selbst zunichte gemacht werden, daß eine solche kommen kann und wird, ist sehr wahrscheinlich, aber bisher noch nicht zu erkennen. Tritt sie ein, dann ist es für uns Zeit, sie zu unsern Gunsten auszunutzen. Darauf wird stets unser Augenmerk gerichtet sein müssen.

Das Werk von Versailles.

Die Kritik eines englischen Sachverständigen.

Unter dem Titel „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens“ ist, wie die Frankfurter Zeitung schreibt, bei Mac Millan in London ein Buch erschienen, in dem der Verfasser J. Maynard Keynes vom Standpunkt des Wirtschaftspolitikers aus darlegt, daß die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages unheilvoll für Europa und die Welt sein müßten. Keynes, Volkswirtschaftslehrer an der Universität zu Cambridge, ist berufen, sich über diesen Gegenstand zu äußern, denn er war der englischen Friedensdelegation als sachverständiger Vertreter des Schachantes zugeordnet, legte aber, wie auch einige amerikanische Delegationsmitglieder, sein Amt nieder, als es offenbar wurde, daß keine Hoffnung mehr auf eine substantielle Änderung im Entwurf des Friedensvertrages bestand.

Im ersten Teil des Buches schildert der Verfasser, wie in Wirklichkeit die Beratungen in dem Quartier des Präsidenten Wilson, wo der Vierzerrat gewöhnlich seine Sitzungen abhielt, vor sich gingen, wie nämlich „drei ältere Herren und ein sehr alter und zynischer Mann“ unter die Gescheide der Menschheit bestimmten. Keynes entwirft den Friedensvertrag als ein Werk, das in Heuchelei und Unehrlichkeit wurzle. „Der Vierzerrat schenkte diesen Dingen (den Leiden Mitteleuropas) keine Aufmerksamkeit, da er mit anderen Sachen beschäftigt war, nämlich Clemenceau mit der Vernichtung des Wirtschaftslebens des Feindes, Lloyd George mit dem Gedanken, ein Geleß zu machen und etwas mit nach Hause zu bringen, das wenigstens für die Dauer einer Woche sehen lassen könnte,

und Präsident Wilson mit der Aufgabe, nichts zu tun, was nicht gerecht und richtig wäre. Es ist eine außerordentliche Tatsache, daß das fundamentale wirtschaftliche Problem eines vor ihren Augen verhungenden und auseinanderfallenden Europas, die eine Frage war, für die das Interesse der vier nicht geweckt werden konnte.

Der Verfasser kennzeichnet ferner die Folgen des Friedensvertrages, wie sie heute, kaum sechs Monate nach Versailles, in die Erscheinung treten, richtig, wenn er sagt: „Der Vertrag enthält keine Bestimmungen, die die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas bezwecken; er enthält nichts, was die geschlagenen Mittelmächte zu guten Nachbarn machen, die neuen Staaten Europas pazifizieren und Rußland befehlen würde.“

Keynes nennt den Friedensvertrag in seiner gegenwärtigen Form ein Todesurteil für Millionen von Menschen, eine Greuelstat, vor der alle Kriegsgrenzen verblasen. Er fordert eine Revision des Vertrages, eine internationale Lösung der europäischen Finanzfragen, die Aufhebung aller Blockaden, Friedensschluß mit Rußland, Wiederbelebung der deutschen Industrie, von der die Wiederbelebung des größten Teils von Europa abhängt, und wirtschaftliche Reorganisation Rußlands durch Deutschland.

Bayhauser bezeichnet das Buch in der „Nation“ als einen Donnerkeil und den ersten scharfen Strich, den die Intellektuellen in ihrem Kriege gegen die Staatsmänner abgefeuert hätten. D. M. B.

Englische Verteidigung des U-Boot-Krieges.

Der frühere Erste Lord der britischen Admiralität, Fisher of Silverstone, hat seinen überaus interessanten „Memoiren“ einen zweiten Band, „Records“, benannt, folgen lassen. Hierin zitiert er über den „U-Boot-Krieg“ den Wortlaut einer Denkschrift, die er erst drei Monate vor Ausbruch des Krieges dem Premierminister Asquith vorgelegt hat. Ihr Inhalt zeigt, wie die „B. J.“ mitteilt, daß die von englischer Seite so oft als „barbarisch“ bezeichneten deutschen Kriegsmethoden vom Ersten Lord der englischen Admiralität über Seekriegsfragen als richtig bezeichnet wurden, noch ehe sie in Anwendung gebracht worden sind. Aus dem Inhalt der Denkschrift sei hier wiedergegeben:

„Ferner erhebt sich die Frage, was ein Unterseeboot gegen ein Handelschiff, das es trifft, ausrichten kann. Es kann das Handelschiff nicht kapern; denn es hat keine Beute übrig, die es als Beute an Bord schenken kann. Ein Unterseeboot kann das Handelschiff nicht versenken, wenn es nicht in einen Hafen geleitet, kurz, es ist für das Unterseeboot unmöglich mit dem Handelschiff nach den Vorschriften des anerkannten Völkerrechts zu verfahren. Unter diesen Umständen ist anzunehmen, daß das feindliche Unterseeboot diese Vorschriften unbeachtet lassen und jedes Fahrzeug versenken wird, das nach einem englischen Handelschiffen fährt, auf alle Fälle jedes, das bewaffnet ist oder Bannware befördert. Es bleibt dem Unterseeboot nichts anderes übrig, als seine Preise zu versenken, und deshalb muß man zugeben, daß (angenommen, es geschieht, so unmenfchlich und barbarisch, es erscheinen mag) diese Unterseebootverurteilung wahrhaft fürchterlich ist für den englischen Handel wie für England.“

Das Wesen des Krieges ist Gewalt. Mäßigung im Kriege ist Widerspruch. . . Dazu kommt, daß das ansehnliche harmlose Handelschiff bewaffnet sein kann, und dann hätte das Unterseeboot sich selber geliefert, wenn es von der Verletzung Abstand nähme. In diesem Lichte gesehen, ist die neuerliche Bewaffnung der englischen Handelschiffe unglücklich; denn sie gibt dem feindlichen Unterseeboot eine ausgezeichnete Entschuldigung (wenn es einer bedürfte), sie zu versenken, nämlich die der Notwehr gegen die Gefährdung des Handelschiffes.

Die Antwort auf all das Vorstehende kann nur sein, daß (so barbarisch und unmenfchlich es erscheint), wenn das Unterseeboot überhaupt gegen den Handel eingesetzt wird, es seine Preise versenken muß.“

Ludendorff'sche Fürsorgetätigkeit als Generalquartiermeister.

Wie wir schon kürzlich ausführten, halten wir Ludendorff für eine politisch neutrale Persönlichkeit. Wir glauben, diese Behauptung durch Äußerungen des Generals genügend gestützt zu haben. Er lehnt es ausdrücklich ab, sich irgend einer politischen Partei zu verschreiben. Er will weder „Reaktionär“ noch „Demokrat“ sein und doch ist er als „Reaktionär“ verurteilt worden. Aus welchen Gründen das geschah, haben wir in dem betreffenden Aufsatz bereits dargestellt. Heute möchten wir die Fürsorgetätigkeit des Generals schildern, aus der hervorgeht, daß Ludendorff, weit davon entfernt Reaktionär zu sein, vielmehr der erste soziale Feldherr genannt werden könnte. Wir folgen dabei den Ausführungen von Dr. Spidernagel, der in seinem lehrreichen Büchlein über Ludendorff (Staatspolitischer Verlag, Berlin) der Fürsorgetätigkeit des Generals ein besonderes Kapitel widmet.

An erster Stelle wird da der vaterländische Unterricht erwähnt, den Ludendorff, da von der Reichsleitung nichts geschah, die Stimmung des Heeres zu heben, in letzter Stunde anordnete und der gewissermaßen als „strategische Arshilfe“ angesehen wurde. Zweck des vaterländischen Unterrichts war eine staatsbürgerliche Aufklärung über die Ursachen des Krieges und die militärische und wirtschaftliche Lage Deutschlands sowie über den Vernichtungswillen unserer Gegner. Die eigentliche Unterrichts- und Vortragstätigkeit wurde ergänzt durch Verteilung von gutem Lesestoff, wobei Schriften von sozialdemokratischen Verfassern bevorzugt wurden. So wurde z. B. die Rede, die der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David am 6. Juni 1917 in

Höchstgrenze für Mietpreise.

Die Gemeinden beschließen die Höchstgrenze für Mietsteigerungen.

Das Preussische Ministerium für Volkswirtschaft veröffentliche eine Verordnung, die eine Höchstgrenze für Mietsteigerungen festsetzt. Die Verordnung tritt sofort mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Nach der Verordnung haben die Vorstände der Gemeinden über 200 Einwohner, im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der zuständigen Mietervereinigungen binnen vier Wochen eine Höchstgrenze für Mietsteigerungen festzusetzen. Die Festsetzung soll nach Anhörung eines von den Gemeindevorständen gewählten zur Hälfte aus Hausbesitzern, zur Hälfte aus Mietern bestehenden Ausschusses von höchstens zehn Personen erfolgen. Für Neubauten, die nach dem 1. Januar 1917 fertiggestellt worden sind, gilt die Verordnung nicht. Die festzusetzende Höchstgrenze der Mietsteigerungen hat in einem prozentualen Zuschlag zu dem am 1. Juni 1914 vereinbarten Mietzins zu bestehen.

Gegen die neue Festsetzung des Mietpreises steht der Kommunalaufsichtsbehörde binnen zwei Wochen nach Einreichung des Vorschlags ein Einspruch zu, auf Grund dessen die Gemeindevorstände auf neue über die Höchstgrenze zu beschließen haben. Ergibt sich auch dann keine Einigung, so entscheidet ein Sachverständigenausschuß. Ueber die Form des Verfahrens enthält die Verordnung eingehende Bestimmungen.

Wesentlich ist die weitere Bestimmung, daß Änderungen zum Zweck der Mietsteigerung von jetzt ab bis zur Veröffentlichung der Beschlüsse der einzelnen Kommunen unwirksam sind. Die laufenden Mietverträge bleiben insofern unberührt, als sie die zulässige Höchstgrenze nicht überschreiten. Im übrigen ermächtigen sich die Gemeinden vom nächsten Mietzahlungstermin nach Bekanntmachung der Beschlüsse der Kommunen auf die zulässige Höchstgrenze. Bei Neuvermietungen hat der Vermieter dem Mieter frühere Mietverträge vom 1. Juni 1914 vorzulegen oder sonst den damals erhaltenen Mietpreis nachzuweisen. Die Bestimmungen der Verordnung vom 22. Juni 1919 über Warmwasserversorgung und Zentralheizung bleiben in Gültigkeit. Die Verordnung trifft besondere Bestimmungen für den Fall eines Streites über die Kosten dieser Versorgung. Die Kosten für Heizung und Warmwasserversorgung sind zu bestimmten Terminen auf die einzelnen Wohnungen nach einem vom Gemeindevorstand bestimmten Maßstab umzulegen. Bei Beschaffung und Verwendung des Heizmaterials wird einem Mieterausschuß ein Mitwirkungs- und Kontrollrecht eingeräumt. Alle Verträge, die unter Überschreitung der Höchstgrenze des Mietzinses abgeschlossen sind, sind unwirksam. Nur im einzelnen Falle kann dem Vermieter auf Antrag für einen festzubestimmenden Zeitraum durch das Einigungsamt ein über die Höchstgrenze hinausgehender Zuschlag zur Miete zugestanden werden, wenn er nachweist, daß er sonst unverfügbare Zukünfte leisten müßte oder daß ihm durch bauliche Instandsetzungsarbeiten oder durch Erhöhung der öffentlichen rechtlichen Grundstücksabgaben sonst Schäden erwachsen würden.

Auch die Untervermietung von Wohnungen oder Wohnungsanteilen, sowie die Vermietung von möblierten Wohnungen unterliegen in bezug auf die Höhe des Mietpreises sowie die Vergütung für Nebenleistungen den Bestimmungen der neuen Anordnung.

Den Gemeinden wird die Pflicht auferlegt, Mieteneinigungsämter, soweit sie noch nicht bestehen, unverzüglich einzurichten. Der Zusammenschluß verschiedener Gemeinden zu diesem Zwecke ist zulässig. Die Vorstände dieser Einigungsämter sind unverzüglich zu wählen. Ernannte Vorstände scheiden aus dem Amte aus. Nähere Bestimmungen über die Wahlen hat der Kommunalverband zu treffen.

Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Beginn der Heimkehr mit Inkrafttreten des Friedens.

Aus Paris kam die Nachricht, daß die Antwortnote der Entente auf die letzte Note der deutschen Regierung vom 15. Dezember fertiggestellt sei und daß diese Note die Zulassung der Rückkehr der Kriegsgefangenen und ein Verzeichnis derjenigen Personen enthalte, die sich nach Ansicht der Alliierten während des Krieges Verbotsorten aufhalten können.

Stockholm vor dem holländisch-schandinavischen Friedenskonferenz gehalten hat, in Massenaufzügen an der Front verbrüht. Ferner wurden Schriften der Sozialdemokraten Eichen, Lensch, Fendrich, Winnig u. a. von den Leitern, des vaterländischen Unterrichts vortagsweise vertrieben. Zu den Vorträgen wurden neben sozialdemokratischen Abgeordneten und Gewerkschaftsführern auch leitende Persönlichkeiten aus den Kreisen der Fortschritts-Partei, wie Fr. Gertrud Bäumer und Fr. Naumann herangezogen, und auch Zentrumsdemokraten wie Stegmann und Wiesberts waren in hervorragender Weise an der vaterländischen Aufklärungsarbeit beteiligt.

Im Anschluß an den vaterländischen Unterricht wurden Mannschafts-Lesestuben eingerichtet und die Belehrung und Unterhaltung der Truppen auch durch regelmäßige Schauspiele und Filmvorführungen unterstützt. Ferner konnten die Mannschaften sich in eigens dazu geschaffenen Beratungskomitees Rat und Auskunft, insbesondere Rechtsauskunft holen. Der Umfang dieser mit dem vaterländischen Unterricht verbundenen Wohlfahrtspflege ist deutlich ersichtlich an einem kleinen Beispiel, das Dr. Cassel in der „Vossischen Zeitung“ aus seiner Tätigkeit mitgeteilt hat.

Demnach wurden in einem einzigen Armeebereich durch den Leiter der Aufklärungstätigkeit unterhalten: 1 Armeezeitung, 3 Offiziersheime, 70 Soldatenheime, 40 Leseräume, 41 Feldbuchhandlungen, 30 Kinos, 83 Leihbüchereien, 15 Sportplätze, 51 Beratungsstellen für Rechts-, Wirtschafts- und Fürsorgefragen und schließlich 3 große ständige Theater. Dabei war es Ludendorffs ausdrücklicher Wunsch, wie er in seiner Verfügung vom 15. 9. 17 verordnete, daß diese für die Fürsorge der Mannschaften getroffenen Einrichtungen möglichst weit nach vorne gelegt werden sollten. Bezeich-

ten und deren Auslieferung von den Alliierten gesordert wird. Der „Volkshund“ zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen bemerkt zu dieser Nachricht, daß kein Grund dafür vorhanden ist, befürchten zu müssen, daß etwa die Frage der Rückgabe unserer Gefangenen von der Auslieferungsforderung abhängig gemacht werden könnte.

„Ebenjowenig ist es“, erklärt der „Volkshund“ weiter, „unseren Gegnern möglich, die Rückkehr unserer Gefangenen aus Frankreich von der Bestellung freier deutscher Arbeiter im Wiederaufbaugelände abhängig zu machen. Der französische Ministerpräsident Clemenceau hat selbst noch in diesen Tagen erklärt, daß er an eine solche Verquickung der Gefangenensfrage mit irgend einer anderen Frage gar nicht denke. Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages muß und wird auch die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich beginnen. Die einzige Bedingung, von der die Rückgabe unserer Gefangenen durch unsere Feinde abhängig gemacht werden könnte, ist von der deutschen Regierung erfüllt: Alle in Deutschland Kriegsgefangenen gewesen sind, Staatsangehörigen sind von uns zurückgefordert worden. Eine neue Verzögerung in der Herausgabe unserer Gefangenen wäre eine schwere Rechtsverletzung durch unsere Gegner, die nach deren eigenen Erklärungen nicht zu erwarten ist.“

In England zurückgehaltene Kriegsgefangene.

Der schottische Justizminister hat auf eine Anfrage nach dem Schicksal seines Sohnes, der in englischer Gefangenschaft ist, von der Reichsregierung für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin die Antwort erhalten, daß sich zurzeit in englischen Gefangenenlagern noch 3857 deutsche Gefangene befinden.

Das Ende der Demobilisierung.

Schlußfrist für Anmeldungen von Ansprüchen gegen das Reich.

Eine geordnete Finanzwirtschaft ist für das Reich nur dann möglich, wenn es übersehen kann, welche Forderungen aus früherer Zeit, insbesondere aus der Kriegszeit, noch erhoben werden. Die Umwidmung wird nie zu Ende kommen, wenn immer wieder neue Forderungsberechtigte ihre Ansprüche erheben können. Nach Einsetzung des Reichsauditors hat sich die Reichsregierung daher entschlossen, unter Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften eine „Verordnung über die Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich“ zu erlassen, wonach Forderungen aus Kriegsverträgen oder aus Verträgen, die vor dem Kriege oder während des Krieges für die alte Wehrmacht geschlossen sind, innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Bekanntgabe der Verordnung anzumelden sind. Nach diesem Zeitpunkte ist die Geltendmachung der Ansprüche für die Gläubiger, die ihren Wohnsitz im Inlande haben, ausgeschlossen. Für die im Auslande befindlichen Forderungsberechtigten beträgt die Frist zwei Jahre. Die Abgeltung erfolgt nach der Verordnung des Reichsauditors für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 21. November 1918, die durch die neue Verordnung ergänzt und erweitert ist.

Die gleichen Ausschlußfristen sind auch für solche Forderungen gegen das Reich festgesetzt worden, die sich aus öffentlich-rechtlichen oder privaten Dienstverhältnissen während des Krieges ergeben haben, sowie auf alle aus Anlaß des Krieges oder bei Durchführung der Uebergangswirtschaft infolge von Maßnahmen der Behörden usw. erwachsenen Ansprüche. Für diese Ansprüche ist zwar die Befreiung des Rechtsweges zulässig, jedoch hat zuvor ein Ausgleichsverfahren vor dem Reichsfinanzministerium bzw. den Ansprüchen aus Dienstverhältnissen vor der Obersten Reichsbehörde stattzufinden, mit deren nachgeordneten Stellen das Dienstverhältnis abgeschlossen war.

Ansprüche, die sich auf die Versorgungs-gesetze stützen, wie z. B. Pensionsansprüche, werden durch die Verordnung nicht betroffen.

Um den Forderungsberechtigten die Geltendmachung ihrer Rechte nicht unnötig zu erschweren, genügt zur Wahrung der Frist die Anmeldung beim Vertragsgegner oder bei irgend einer amtlichen Stelle. Um Verzögerungen zu vermeiden, ist es jedoch zweckmäßig, sich nicht an eine Zentralstelle (Ministerium)

zu wenden. Sonstige Stellen zu demselben, oder gegen den Reichsfinanzministerium seine Anwesenheit erfolgt nach wie vor. Gende Gesuche bisher zuständige vor dem Reichsministerium bei der Angelegenheit umdringende Belange des Geschäfts.

Gegen Süddeutsche.

Die Verharmung überflüssiges haben eine stark bayrische Regierung mit der dringenden Forderung, wenden sich sofort zu einer menzuren. Parteien Erklären die Mittelpartei die Errichtung heiligtates ein französische Partei stützten Verjudenheit eine neuen neuen Regierung ein jages. Die Er ist, daß die mit der Reich übrigen Länder welche die Gen Deutschland für in der organi ihr Hauptziel der Reichsregie Der säch nauer M. Se hischen Landes Herbeiführung die gegenwärtig sei, denn es angenommen n setzen darin ein durch die geple Bemaßnahme h erwiesen und allen Dingen wunden daß den Stimmungs mößige Zentral

— Zur Reg denstrages er gangsbestimmung tige Vertreter tores v. Simon j

— Die Kaffi früheren Ministe 36 abgegebenen von Kaffel

— Die j. präsidenten die Sachsen beantrag — Der bay ermächtigt, 474 aus den ameri

— Der katholiche des ist laut, Kampf gegen weil diese ver der Religionsun Beschränkt blei Protestversammlung harte Proteste ein Teil der Be ganz einstellen zurückgezogen n sich Lehrer h lationsunterricht teilen. Für die die Benutzung Mittel für He ablehnende Hal

festat im Unte abgetrennt und

— Ermäch Der Volkswirt hat den Entwur handelskontroll des Reichsrates tigt den Reichs fuh von Ware Ausfuhr nur u sars für Ein Stellen erfolgen

Begehne auf bestehenden Ze stellen umgewa Arbeitgebern, gleichviel ob dieser Offizier oder Landsturmann war. Diese Gegen sätze haben ungemein erbitend gewirkt und dazu beigetragen, den guten Geist des Heeres zu untergraben. Die wiederholten dringenden Vorstellungen Ludendorffs in dieser Hinsicht sind von den zuständigen Heimatbehörden in unverantwortlicher Kurzsichtigkeit nicht beachtet worden.

(Schluß folgt.)

— Derwke twitz sind ach möblierte Zimmer Rattowitz sind

deutschen
 der Nach-
 den ist,
 der Mä-
 ngsfrage
 olksbund
 kfehr un-
 stellung
 ter abhän-
 präsident
 erklären
 der (Se-
 gar
 eders-
 erung der
 beginnen.
 Das unse-
 gemacht
 erung er-
 gewiesenen
 s zurück-
 der Her-
 re Recht-
 ren eige-
 gene.
 eine An-
 in eng-
 trale für
 Antwort
 fangen-
 ex.
Hung.
 rächen
 das Reich
 in, welche
 aus der
 ufindung
 oder neue
 n können.
 s amtes
 ssen, un-
 ssen eine
 rächen ge-
 rungen
 ägen, die
 für die
 einer Brisi
 Berord-
 punkte ist
 e Gläus-
 e haben
 ichen For-
 ähre. Die
 des Reichs
 vom 21.
 onung er-
 für solche
 der, die
 Dienver-
 ren, sowie
 Aufschüß-
 nachahmen
 für diese
 chtsweges
 verfahren
 Anprüf-
 en Reichs-
 en Stellen
 gungs-
 e, werden
 elstendma-
 deren, ge-
 ung beim
 en Stelle.
 och zwei-
 (nach ihm)
 r Militär-
 herceien, ka-
 1. 1917
 endorff-Ge-
 hte, drückte
 Gabe aus,
 Truppe mit
 Aufgaben".
 e und aus-
 ergen. Nach-
 mit Kälte-
 schwieriger-
 ppe höhere
 um einen
 öfßerungs-
 ch Leistung
 versorgen-
 daßhalten
 den Ver-
 den Volks-
 eines un-
 hoch gegen-
 e, gleichviel
 telse Gegen-
 wazu beigen
 aben. Die
 endorffs in
 ehörden in
 worden.
 ch folgt.)

zu wenden, sondern die Anmeldung tunlichst bei der Stelle zu bewirken, mit der die Verträge abgeschlossen sind, oder gegen die die Ansprüche sich richten.

Der Reichsabwickelungskommissar ist dem Reichsfinanzministerium unterstellt und erhält von diesem seine Anweisungen. Die Bearbeitung der Angelegenheiten erfolgt jedoch durch die früheren Dienststellen nach wie vor. Beim Reichsfinanzministerium eingehende Gesuche werden also zunächst von dort an die bisher zuständige Dienststelle weitergeleitet. Die Vorlage von Gesuchen unmittelbar an das Reichsfinanzministerium bedeutet daher, neben der Verzögerung der Angelegenheit für den Antragsteller selbst, eine unnötige Belastung der Post und eine Erschöpfung des Geschäftsbetriebes des Reichsfinanzministeriums.

Gegen den Einheitsstaat.

Ein Deutschland gegen eine übermäßige Zentralisierung.

Die Verhandlungen in der Preussischen Landesversammlung über die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates haben in Sachsen und insbesondere in Bayern eine stark Beunruhigung ausgelöst, sodaß sich die bayerische Regierung veranlaßt sah, sich telegraphisch mit der dringenden Bitte an die Reichsregierung zu wenden, sobald wie möglich die Regierungen der Länder zu einer Besprechung der Angelegenheit zusammenzurufen. Im bayerischen Landtag gaben sämtliche Parteien Erklärungen ab. Die bayerische Volkspartei, die Mittelparteien und der Bauernbund lehnten die Errichtung eines förmlichen und völligen Einheitsstaates entschieden ab. Die deutsche Demokratische Partei erklärte, sie erblicke in dem übereiltesten Versuch auf Herstellung unbeschränkter Reichseinheit eine ernste Gefährdung der mühsam erungenen neuen Staatsgrundlagen und erwartet von der Regierung eine energische Vertretung ihres Grundsatzes. Die Erklärung der Sozialdemokratischen Partei ist, daß die bayerische Regierung in Verhandlungen mit der Reichsregierung und den Regierungen der übrigen Länder eingeht, um eine Lösung zu finden, welche die Gewähr der Bildung eines europäischen Staates Deutschland für sie bedeutet. Die U. S. P. D. steht in der organischen Durchführung des Einheitsstaates ihr Hauptziel und fordert die Regierung auf, bei der Reichsregierung dahin zu wirken.

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer (M.-Soz.) äußerte sich zu dem von der Preussischen Landeshauptversammlung angenommenen Antrag auf Herbeiführung des deutschen Einheitsstaates dahin, daß die gegenwärtige Zeit für einen Antrag nicht günstig sei, denn es sei eben erst die neue Reichsverfassung angenommen worden, und die großen Hauptfragen seien darin entschieden worden. Die Behauptung, daß durch die geplante Neuordnung eine Verbilligung der Verwaltung herbeigeführt werde, sei durchaus nicht erwiesen und sei wohl auch kaum beweisbar. Vor allen Dingen müsse er, der Ministerpräsident, sich wundern, daß viele Parteiführer in Preußen von den Stimmungen in Süddeutschland gegen eine übermäßige Zentralisierung keine rechte Vorstellung hätten.

Deutsches Reich.

— Zur Regelung der mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erforderlich werdenden technischen Uebergangsbestimmungen hat die deutsche Regierung beauftragte Vertreter unter der Führung des Ministerialdirektors v. Simjon nach Paris entsandt.

— Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung hat den früheren Ministerpräsidenten Scheidemann mit 48 von 86 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister von Kassel gewählt.

— Die jächische Regierung hat bei dem Reichspräsidenten die Aufhebung des Belagerungszustandes für Sachsin beantragt.

— Der bayerische Landtag hat die Staatsregierung ermächtigt, 474 Millionen Mark zum Ankauf von Terrilien aus den amerikanischen Heeresbeständen vorzustrecken.

:: Der Kampf um den Religionsunterricht. In den katholischen Gemeinden des Eisenacher Oberlandes ist laut „Berliner Volks-Anzeiger“ ein heftiger Kampf gegen die weimariſche Regierung entbrannt, weil dieſe verfügt hat, daß in den Volkſchulen der Religionsunterricht auf zwei Stunden wöchentlich beſchränkt bleiben ſoll. In allen Dörfern finden Proteſtverſammlungen ſtatt; es wurden telegraphiſche ſcharfe Proteſte nach Weimar geſandt, und ſchon hat ein Teil der Beſchränkung damit gedroht, den Unterricht ganz einſtellen zu wollen, wenn jene Verfügung nicht zurückgezogen werde. Ein anderer Teil der katholiſchen Lehrer hat ſich bereit erklärt, erweiterten Religionsunterricht als koſtloſe Privatſtunden zu erteilen. Für dieſen Fall aber verbitet die Regierung die Benutzung der Schulräume und verweigert die Mittel für Heizung, Reinigung und Bequemlichkeit. Die ablehnende Haltung der weimariſchen Regierung be-

festigt im Amte Geisa den Wunsch, von Sachsen-Weimar abgetrennt und Preußen (Gulda) zugeteilt zu werden.

:: Ermächtigung zum Verbot der Warenausfuhr. Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung hat den Entwurf einer Verordnung über die Außenhandelskontrolle im wesentlichen nach den Beschlüssen des Reichsrates angenommen. Die Verordnung ermächtigt den Reichswirtschaftsminister zum Verbot der Ausfuhr von Waren jeder Art mit der Wirkung, daß die Ausfuhr nur mit Bewilligung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr, oder der sonst zuständigen Stellen erfolgen darf. Der Reichskommissar kann seine Befugnisse auf Außenhandelsstellen übertragen. Die bestehenden Zentralfstellen werden in Außenhandelsstellen umgewandelt. Diese sind als paritätisch aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Verbrauchern zusammengesetzt gedacht. Zur Beseitigung ihrer Unkosten können sie für die Bearbeitung von Angelegenheiten Gebühren festsetzen. Bei der Ausfuhrbewilligung wird zugunsten der Reichskasse eine Abgabe erhoben, deren Ertrag zur Förderung sozialer Aufgaben verwandt werden soll. Für Zuwiderhandlungen werden Geld- und Gefängnisstrafen vorgesehen.

1. Bevorstehende Besetzung Oberstleutnants. In Rattowitz sind zahlreiche Ententeoffiziere eingetroffen, die möblierte Zimmer suchen. Fast sämtliche Hotels in Rattowitz sind bereits besetzt worden. Man rechnet

mit dem Eintreffen der Besetzungskommission zu Anfang Januar. Aller Voraussicht nach wird Kattowitz zum Betraß der Kommission aussersehen werden und nicht wie man anfangs annahm, Oppeln. Im Hotel „Monopol“ sind sämtliche 112 Zimmer für die eigentlichen Mitglieder der Kommission bereits jetzt mit Beschlag belegt.

:: **Admiral Neuter an Lloyd George.** Die deutsche Regierung veröffentlicht ein ihr auf diplomatischem Wege übermitteltes Protestschreiben, das Admiral Neuter, der Befehlshaber der Scapa Flow-Flotte im Ostsee an Lloyd George gerichtet hat und aus dem klar hervorgeht, daß Neuter die Schiffe nur deshalb versenken ließ, weil er den Waffenstillstand für abgelaufen hielt. Im Anschluß an dies Schreiben weist die deutsche Regierung darauf hin, daß sie angesichts der unnachgiebigen Haltung der Entente nicht in der Lage gewesen sei, ihren Rechtsstandpunkt zur allgemeinen Nichtsignur ihres Handelns zu machen. Die Stellungnahme der Alliierten, die Angelegenheit unter — als ein Kriegsereignis ihrem Machtbruch, hat uns gezwungen, den äußersten uns möglichen Erfolg anzubieten. Die Regierung erwartet aber, daß unter Entgegenkommen in der materiellen Frage die Wirkung auf die Beschleunigung der Rückkehr der zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen (gegen 4000 Mann davon 1774 Scapa Flow-Leute) haben wird, welche die bereits seit Anfang September erfolgten meh'fachen Anträge der deutschen Friedensdelegation nicht gehabt haben.

:: **Vor neuen Lohnerhöhungen.** Auf Anregung des Reichsarbeitsministers hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes laut „Vorwärts“ veranlaßt, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands am Dienstag, den 23. Dezember Stellung zu der vom 6. Ausschuß der Nationalversammlung beschlossenen Zustimmung zur Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise nimmt. Gegenstand der Beratung wird die Frage einer entsprechenden Lohnerhöhung sein.

Dr. Helfferich Beschwerde. Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung hat auf die Beschwerde des Staatssekretärs a. D. Helfferich — in Erwägung, daß zur Entscheidung über die durch den Herrn Staatssekretär a. D. Helfferich erhobene Beschwerde der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ausschließlich zuständig ist, daß in beiden Fällen, in denen eine Strafe wegen Zeugnisverweigerung festgesetzt ist, eine Zeugnisverweigerung vorliegt, daß jedoch in dem zweiten Falle nicht eine Geldstrafe, sondern nur die Zwangshaft zulässig gewesen wäre, eine solche nachträglich aber nicht festgesetzt werden kann —, den folgenden Beschluß gefaßt: „1. Die Beschwerde wird zurückgewiesen, soweit sie sich gegen die am 16. November 1919 festgesetzte Geldstrafe richtet, da auch Gründe nicht vorliegen, die Strafe zu ermäßigen, 2. die am 17. November 1919 verhängte Geldstrafe wird aufgehoben.“ Der Beschluß ist gefaßt mit 4 gegen 2 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

:: **Präsident Dorten** regt sich wieder. Aus fast allen Orten des französischen Besetzungsgebietes wird von einer lebhaften geheimen Tätigkeit der Deute um Dorten berichtet: So haben in den letzten Tagen in Köln, Koblenz, Wiesbaden, Trier und mehreren Orten des Rheingaaues eine Reihe vertraulicher Vesperechen stattgefunden, von denen man nur erfassen kann, daß entweder Dorten selbst oder einer seiner

Vertrauensleute daran theilgenommen habe. Die bisher durch unsichtbare Händn zusammengehaltene Organisation scheint nunmehr in die Oeffentlichkeit treten zu wollen. Außer in Wiesbaden und Köln ist dieser Tage auch in Koblenz ein Zweigbureau der Rheinischen Volkvereinigung, der neuesten Dortmündschen Gründung, eröffnet worden. Die Zweigbureaus arbeiten nach dem Muster der Parteisekretariate, so daß man nicht mit Unrecht annehmen kann, daß sie zum Zwecke der Vorbereitung auf die Reichstagswahlen geschaffen worden sind, um bei dieser Gelegenheit unter der Parole „Für ein selbständiges Rheinland“ die Probe aufs Exempel zu machen. Wie schon früher trifft diese Agitation zeitlich zusammen mit einer erhöhten politischen Werthatigkeit der französischen Besatzungsbehörden.

:: Das neue Umsatzsteuergesetz tritt am 1. Januar in Kraft. Für die allgemeine, jetzt 1½ Prozent betragende Umsatzsteuer kommt eine Veranlagung einwirken noch nicht in Frage; im Januar 1920 beginnt vielmehr zunächst die letzte Veranlagung der bisherigen Umsatzsteuer. Die Geschäftswelt wird sich jedoch bereits jetzt bei der Preisgestaltung auf den neuen Satz einzurichten haben. Unmittelbar bedeutungsvoll ist, daß die auf 15 Prozent bemessene Zugusssteuer mit wenigen Ausnahmen nicht mehr im Kleinhandel, sondern beim Verkäufer zu ertrachten ist. Fabrikanten und sonstige Hersteller werden sich daher so schnell als möglich mit der neuen Zugusssteuerliste in § 15 des Gesetzes und der für sie entfallenden Verpflichtung zur Führung eines Lagers — und eines Steuerbuchs zu beschäftigen haben. Für die Ladenbesitzer der jetzt beim Hersteller zugusspflichtiger Gegenstände verbleibt es übrigens wegen der Befehle, die sie am 1. Januar 1920 an Zugussgegenständen noch haben, auch im neuen Kalenderjahr bei der bisherigen Zugussverpflichtung von 10 Prozent. Im Gesetz ist eine vorläufige Ausführungsanweisung erlassen worden. Die Nummer 13 der vom Reichsfinanzministerium herausgegebenen „Amtlichen Mitteilungen für die Umsatzsteuer, die Reichsbesitz- und Betriebssteuern“ (Vertriebs durch Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8) enthält den Text des Gesetzes und die Ausführungsanweisung. Das Heft erscheint noch bis Ende des Jahres.

:: Die Polen für Ungültigkeitsbetrodnerung der Danziger Stadtverordnetenwahlen. Die Polen versuchen nach ihrer kläglichen Niederlage bei den Danziger Stadtverordnetenwahlen den ungültigen Wahlausgang auf unlautere deutsche Machenschaften zurückzuführen und die Entzete zur Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahlen aufzugeben. Das polnische Wahlkomitee beruft sich u. a. darauf, daß mehr als 2000 polnische Wähler ihres Stimmrechts beraubt gewesen seien. Insbesondere wird der Bürgermeister Dr. Sagan angegriffen, dem die Polen die Hauptschuld an dem für sie unglücklichen Wahlausfall in die Schuhe schie-

den möchten und den sie bisher mit allen Mitteln der Verleumdung und der Heze in Paris zu verbüßigen suchten. Eine in der gesamten französischen Presse die Kunde machende polnische Auslassung erklärt, die Freiheit und Unparteilichkeit der Stadtverordnetenwahlen in Danzig könne nur dann gewährleistet sein wenn das Freistaatsgebiet von den preussischen Behörden geräumt sei. Es bleibt abzuwarten, ob die Entente diesem Wink mit dem Zaunpfahl gerührender Verständnis entgegenbringen wird.

:: Grenzschutzgruppen für Ostpreußen. Zur Abstellung der Eisernen Division ist eine gemischte Abteilung der Reichswehr unter Befehl des Generals von Tassei bereits im Anmarsch. Das Kommando dieser Abteilung kommt nach Elst. Die übrigen Kräfte kommen erst nach Weihnachten nach Ostpreußen. Im Abtransport der heimgekehrten Baltikumtruppen nach dem Innern des Reiches findet vom 22. bis zum 26. d. Mts. eine Pause statt.

207. : : Hauptmann v. Keßel aus der Untersuchungshaft entlassen. Der aus dem Marlosh-Prozeß bekannte Hauptmann v. Keßel ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da das zuständige Militärgericht die Voraussetzungen für den Erlaß eines Haftbefehls nicht als gegeben ansieht.

:: Das Schicksal des Hultschiner Ländchens. Der
 Vorsitzende des Kreisausschusses zu Ratibor hat an
 das Auswärtige Amt gedruckt: „Der Kreisausschuß
 hat am 12. November beim Auswärtigen Amt unter
 Hinweis auf die Unkimmigkeit in den Artikeln 83
 und 85 des Friedensvertrages beantragt, bei der En-
 tente dahin zu wirken, daß die Abtretung des Hult-
 schiner Ländchens an die Tschechoslowakei so-
 lange ausgesetzt bleibt, bis das Schicksal Oberschlesiens
 entschieden ist, und daß es bis dahin mit dem ab-
 gaben Oberschlesien dem Internationalen Ausschuß unter-
 stellt und von den alliierten Truppen besetzt wird.
 Der Kreistag des Kreises Ratibor schließt sich dem
 Antrage des Kreisausschusses an und bittet mit Nach-
 sicht darauf, daß die Tschechoslowakei die Befestigung
 des Hultschiner Ländchens sofort mit Inkrafttreten des
 Friedensvertrages beabsichtigt, nochmals dringend
 in letzter Stunde durch energische Vorstellungen bei der
 Entente die sofortige Befestigung zu verhindern und
 die einseitige Verwastung des Hultschiner Ländchens
 gemäß dem Antrage des Kreisausschusses zu regeln.“

∴ Beitritt Sachsen-Meinungen zur thüringischen Staatengemeinschaft. In der letzten Sitzung des Volkstages für Thüringen wurden die in der Denkschrift betreffend den Eintritt von Sachsen in die thüringische Staatengemeinschaft von Sachsen-Meinungen niedergelegten Bedingungen von allen Parteien als bindend anerkannt und damit der Beitritt Meinungen in den thüringischen Staatenverband unter großem Verfall des gesamten Hauses endgültig vollzogen. Der Volksterrat wählte außerdem eine Kommission, bestehend aus drei Staatsrats- und vier Volksratsmitgliedern, welche die Beziehungen zum Reich regeln und erneut Verhandlungen mit Preußen in die Wege leiten soll zum Zwecke der Abtretung preussischer Gebietsteile an die thüringische Staatengemeinschaft.

Rundschau im Auslande.

* In Wien umlaufende Gerüchte über ein zwischen Oesterreich und Frankreich gegen Deutschland geschlossenes Bündnis werden von christlich-sozialer Seite dementiert.

‡ Die obdachlosen französischen Abgeordneten sollen in den beschlagnahmten Pariser Wohnungen von Deutschen untergebracht werden.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Karabinieres in Sartiano (Toskana) schossen Karabinieres scharf. Zwei Sozialisten blieben tot, 15 schwer verletzt, 5 Karabinieres wurden durch Messerstiche und Schüsse verwundet.

England: Neue Zeitschriften.

* Die britische Presse unternimmt zurzeit einen neuen gefährlichen Vorstoß gegen Deutschland, der nur den Zweck haben kann, die sachlichen Verhandlungen in Paris zu führen und die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzuheizen. Im Zusammenhang mit dem Brand an Bord ehemaliger deutscher Kriegsschiffe meldet die „Morningpost“, man sei der Ansicht, daß diese Brände durch Deutsche angelegt worden seien und eine gewisse Ähnlichkeit mit der Versenkung der Flotte von Scapa Flow zeigten. Das Blatt behauptet, in Berlin werde von einem Bureau, das über sehr viel Geld verfüge, eine eifrige Propaganda entfaltet; es weist ferner auf die Thatfache hin, daß viele Tausende von Deutschen, die während des Krieges interniert waren, jetzt freigelassen seien. Im Londoner Hafen zum Beispiel seien vier Personen, darunter drei Ausländer, verhaftet worden, und zwar unter dem Verdacht, mit dem Brand im Zusammenhang zu stehen. Es seien jetzt aber Maßnahmen getroffen, um ähnliche ehemaligen deutschen Schiffe, die in alliierten Häfen einträfen, unter strenger Beobachtung zu halten und besonders die ausfahrenden Schiffe scharf zu kontrollieren, da man an eine weitverbreitete Verschönerung glaube.

Irland: Attentat auf den britischen Vizekönig.
 * In Dublin wurden auf den Vizekönig von Irland, Lord Grey, Schiffe abgegeben, die diesen aber nicht trafen. Die Angreifer Lord Greys waren 15—20 Mann. Um seinem Automobil den Weg zu versperren, hatten sie einen Wagen in die Mitte der Straße gestellt. Als das Automobil ankam, wurde eine wahre Salve abgegeben. Der Chauffeur konnte sehr geschickt den Wagen umfahren und davon kommen. Der Wagen, der dem Automobil des Marschalls folgte, wurde durch eine Bombe fast völlig zerstört. Immerhin blies der Chauffeur, der allein auf dem Wagen war, heil. Im dritten Wagen befanden sich Soldaten, die das Feuer der Angreifer erwiderten. Im Unterhause erklärte der Staatskanzler für Irland über den Anschlag gegen Lord Grey, daß hinter einer Mäse hervor vier Bomben geworfen wurden. Einer der Angreifer schoß auf der Straße, die Lord Grey passierte. Er wurde von der Militärbesatzung auf der Stelle erschossen. Er führte zwei Revolver bei sich. Die Angreifer hinter der Mäse konnten flüchten.

Spanien: Antimonarchische Unruhen in Madrid. Der Agentur Papas meldet: Ueber Madrid und Barcelona wurde der Belagerungszustand verhängt. Die gesamte Garnison liegt in Alarmbereitschaft, da die Streifen der Umzüge veranlassen und Unruhen verursachen. Vor dem königlichen Schloß wurden Ansammlungen der Streifen zerstreut. Eine Anzahl rabaldrischer Elemente wurde verhaftet, welche ausgerufen hatten: „Hoch die Revolution! Hoch die Republik Spanien!“

Rußland: Die russischen Balthikumsoldaten.
 2 Die in Deutschland befindlichen ca. 8000 Russen der

Armee Alwaloff haben gebeten, an die ehemalige Juden-
mischfront entsandt zu werden, die nach befristet, obwohl Juden-
misch selbst befristet worden ist. Der Transport der Auf-
sen an diese Front ist möglich, kann aber erst dann statt-
finden, wenn die Entente dazu die Erlaubnis gibt. Das
Berliner Auswärtige Amt ist mit den Vertretern der Entente
bereits in Verbindung getreten. Von dem Ergebnis dieser
Verhandlungen wird es abhängen, welche Maßnahmen die
Militärverwaltung treffen wird.

Verschiedenes.

Ein schweres Sturmwetter in der Nordsee hat
zahlreiche Schiffsunfälle verursacht. Bei Steil-
strand der Fiskutter „Senator von Welle“. Die
Mannschaft wurde durch ein Rettungsboot gerettet.
Der Dampfer (Holland) ging der holländische Schlepp-
dampfer „Herkules“ mit der ganzen Besatzung unter,
und vor Scheveningen scheiterte das frühere deutsche
Kriegsschiff „Hildebrand“, 4100 Tonn, 1892 gebaut,
das unter holländischer Flagge nach Holland geführt
war, um abgebrochen zu werden. Die Besatzung von
sechs Mann wurde gerettet. Das Schiff zerbrach an
der Küste. Die deutschen Schleppschiffe „Carca“ und
„Ducia“ mit Schiffsgütern von Rotterdam nach Ham-
burg unterwegs, sind bei Egmont gestrandet. Der
Schleppdampfer „Südamerika Nr. 5“, der die beiden
Schiffe geschleppt hatte, hat noch keine Nachricht von
sich gegeben. Es herrscht ein großer Sturm. Der
amerikanische Dampfer „Darland“, von Bremen nach
Hamburg bestimmt, hat nachts, als er den Boten ab-
setzen wollte, mit Ostsee kollidiert. Der Motorschiff
wurde stark beschädigt, da der Dampfer etwa 12 Me-
ter tief in das Holzwerk hineingefahren ist. Der
angestrichene Schaden wird auf über eine Million ge-
schätzt; auch der Dampfer scheint nicht mehr heil-
bar zu sein.

Rohlenmangel und Arbeitsmangel. Der Ver-
band württembergischer Industrieller hat in
einer außerordentlichen Mitgliederversammlung einen
Protest gegen die durch den Rohlenmangel hervor-
gerufene württembergische Industrie mit Rohlen er-
hoben; er erklärt, daß der Zustand des Landes unerträglich
sei, insbesondere die Kontingentierung württembergi-
scher Verhältnisse zu den anderen Ländern zu un-
recht so niedrig gegriffen sei. Die Erklärung macht die Regie-
rung darauf aufmerksam, daß, falls nicht in kürzester
Zeit eine grundlegende Verbesserung der Verhältnisse
eintreffe, die württembergische Industrie zum Erliegen
kommen wird. — Die Versorgung der Städte West-
deutschlands mit Gas und Elektrizität steht vor
dem völligen Zusammenbruch. Eine Reihe von städti-
schen Gas- und Elektrizitätswerken kündigt an, daß
nach Weihnachten die Licht- und Kraftabgabe ein-
gestellt werden müsse, da eine Besserung in der Rohlenbe-
lieferung infolge der Abgabe an die Entente nicht
zu erwarten sei. — Das württembergische Verbands-
elektrizitätswerk in Krefeld ist infolge Rohlenmangels ge-
zwungen die Lieferung elektrischen Stromes bis auf
den für reine Beleuchtungszwecke erforderlichen Strom
gänzlich einzustellen. Die Verwaltung sagt, daß durch
diese Maßnahme Hunderttausende von Arbeitern
zum Stillstand kommen würden.

Streikbewegung in Oberschlesien. Die Beleg-
schaft des Oberamtes in Bismarckhütte ist in den Aus-
stand getreten. Der Grund ist die Verhaftung der
Hilfsarbeiter bei den Ausschreitungen gegen den Ge-
neraldirektor zwecks Erpressung einer Weihnachtsgabe.
Die Bismarckhütte in Oberschlesien ist außerstande,
die von den Arbeitern geforderte und erzwungene
Weihnachtsgabe zu bezahlen. Sie ist an die Abma-
gungen mit dem Arbeitgeberverbande Oberschlesiens
gebunden und müßte bei Bewilligung der Arbeiter-
forderung eine Konventionalstrafe zahlen, welche in
vorliegendem Falle 50 Millionen betragen würde. Um
ähnliche Vorkommnisse zu vermeiden zu können, ist
militärischer Schutz angefordert worden. Das Werk ist
bereits von der Reichswehr besetzt.

Keine weitere Vertagung der Protraktion. Zu
der Meinung, daß die Regierung beabsichtige, die
deutsche Protraktion auf weitere vier Wochen zuzu-
setzen, ist in der Reichsversammlung, die am 23. d. M.
in der Reichshausung stattfand, eine große Mehrheit
entstanden, die eine sofortige Fortsetzung der
bisherigen Diskussion für Wien erneut vorzu-
nehmen.

Postsendungen nach dem besetzten Gebiet. Aus
dem besetzten Deutschland und dem Ausland über das
unbesetzte Deutschland können von jetzt an nach der
ganz französischen Zone der besetzten deutschen
Rheingebiete, demnach auch nach der Rheinpfalz und
den in Betracht kommenden Gebieten von Hessen,
Sachsen-Anhalt und der Rheinprovinz, verschlossene
Briefe in Privatangelegenheiten allgemein, also nicht
mehr bloß in wichtigen Privatangelegenheiten, abge-
sandt werden. Auf den geschäftlichen Sendungen braucht

Vergessen Sie nicht frühzeitig zu bestellen.

Der 25. Dezember sollte der letzte Termin sein.

Der bisher erforderliche Vermert „Handelskorrespon-
denz“ oder „Correspondence commerciale“ nicht mehr
angebracht zu werden. — Die Postsendungen nach den
in der neutralen Zone liegenden Orten Genu, Vorchau-
sen (Rheinland) und Vorch (Rhein) werden nicht mehr
über Linburg (Sachsen), sondern über Frankfurt (Main)
befördert. Dem Absender solcher Sendungen wird in
deren Aufschrift die Anbringung des Zeitvermerks „über
Frankfurt (Main)“ empfohlen. — Zur Verhütung von
Verweirungen wird darauf hingewiesen, daß auf Pa-
keten — wie auch auf allen übrigen Sendungen — nach
der belgischen Besatzungszone auf Anordnung der Be-
satzungsbehörde die Beschriftung bis höchstens 100 M. zu-
lässig ist.

Einreise nach Elsaß-Lothringen. Einreisean-
träge von in Deutschland wohnenden Personen, die
sich nach Elsaß-Lothringen begeben wollen, haben nur
dann Aussicht auf glatte Erledigung durch die fran-
zösischen Stellen, wenn die Antragsteller darin einen
Gewährsmann oder mehrere, in den verschiede-
nen zu besuchenden Orten, und außerdem die eigene
Adresse dafelbst, genau nach Straße, Nummer usw.
angegeben haben. Die Anträge, die dieser Vorschrift
nicht entsprechen, werden von den französischen Be-
hörden als für ihre Erhebungen ungenügend zur
Vervollständigung zurückgegeben.

Gegen den General Baraton ist in Kiew ein
Bombenattentat verübt worden. Er wurde an beiden
Beinen sehr schwer verletzt und liegt im Sterben.

Eine neue Petroleumquelle im Elsaß wurde
im Revier von Rechenbrunn entdeckt. Das tägliche Er-
tragnis beträgt 30 Tonnen. Sie liegt verhältnismäßig
günstig, nur 435 Meter unter der Erde.

Der „Temps“ meldet, daß das englisch-fran-
zösische Abkommen über Calais bis Ende 1920 ver-
längert worden ist. Damit bleibt Calais weiter von
den Engländern besetzt, die jedoch nicht die Zivil-
verwaltung übernehmen.

Bei einem Übungschießen in Krefeld, das von
Soldaten des pommerischen Reichswehrinfanterie-Regi-
ments Nr. 3 abgehalten wurde, explodierte der
Blindgänger einer Mine, wobei drei Soldaten getötet
und fünf schwer verletzt wurden.

Bücherschau.

25 Jahre Lutherischen Chor zu Frankfurt a. M. Blätter
der Erinnerung an 25-jährige Wirksamkeit eines groß-
städtischen evangelischen Gemeindeführers von dessen
begehrtem Leiter, Lehrer Kref. Mit einem Geleitwort
von Fr. Trommershausen. 1919. Preis 1 M.

Als Motto trägt dieses lehrreiche Schriftchen den be-
kannten Lutherers „Wer sich die Musik erkauft, hat ein
himmlisch Werk gewonnen“ und den Wahlspruch des Chors
„Gott zu Lob, ins Herz hinein, soll unseres Vides Losung
sein!“ — In der Lutherischen Chor hat der Kirchenchor seit ihrem
Bestehen zur Erbauung der Gemeinde an Sonntags- und Fest-
tagen gewirkt und somit geholfen, die Herzen aufwärts zu
ziehen. Außerdem hat er manches gute Konzert veranstaltet,
wovon Proben gegeben werden. Listen der Mitglieder be-
schließen die Gedächtnisblätter, die alle Beteiligten mit Dank
und Freude lesen werden.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 23. Dezember 1919.

Milchversorgung im Landkreis Bielefeld. Die Milch-
zufuhren lassen seit Eintritt des Frostwetters täglich nach.
Die bisherigen Sätze konnten nur noch mit Kürzungen von
25 bis 50 Prozent ausgegeben werden. Da für das erste
Vierteljahr 1920 mit neuen weiteren Kürzungen zu rechnen
ist, sind wir gezwungen, neue Maßregeln festzusetzen: Es
sind bezugsberechtigt: Kinder bis zum vollendeten 2. Lebens-
jahr für ¼ Liter, Kinder vom 2. bis vollendeten 3. Lebens-
jahr für ½ Liter, Kinder vom 3. bis vollendeten 6. Lebens-
jahr können nur nach Maßgabe der täglichen Anlieferung
versorgt werden, feste Sätze lassen sich bei der geringen

und schwankenden Anfuhr nicht mehr aufstellen. Hoffende
Frauen erhalten in den letzten 3 Monaten ¼ Liter, Kranke
erhalten auf Attestkarte ein Achtel Liter, Schwerkranken er-
halten Milch nach ärztlicher Verordnung. Alle Leute
scheiden bis auf weiteres ganz aus.

Die richtige Verteilung wird durch unsere Kontroll-
organe überwacht. Vorstehende Rationen treten mit heute
in Kraft.

Letzte Nachrichten.

Belagerungszustand über Solingen angedroht.

Die britische Behörde kündigt die Verhängung des
Belagerungszustandes über den Solinger Bezirk an,
falls die freikundigen Straßenbahnen, mit denen sich
die ganze Arbeiterschaft solidarisch erklärte, bis
Sonntag die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben.

Um die Friedensratifikation.

„Politiken“ meldet aus Washington, daß der de-
mokratische Senator Underwood unabhängig von Wil-
son Schritte unternommen hat, um die Ratifikation
durchzuführen. Die Ursache hierzu ist die wachsende
Forderung im Lande, die jetzige ungünstige Situa-
tion aus der Welt zu schaffen, da das Geschäftsleben
zu stark darunter leidet. Underwood hat Konferenzen
mit Republikanern abgehalten, und man sucht eine
Basis für ein Kompromiß durch neue Zugeständnisse
von beiden Seiten zu finden. Diese Verhandlungen
haben einen günstigen Verlauf genommen und man
erwartet die Ratifikation eventuell noch vor Weihnach-
ten. Underwood hat erklärt, daß die unverständliche
Haltung des Präsidenten ihn zu diesem Kompromiß
gezwungen habe.

Verhütung des Belagerungszustandes in Sachsen?

Zu den Nachrichten über eine bevorstehende Aufhebung
des Belagerungszustandes in Sachsen hört die „Deutsche
Allgem. Ztg.“, daß in der sächsischen Regierung tatsäch-
lich Beratungen darüber schweben, ob der Belagerungs-
zustand aufgehoben werden kann.

Einreiseanträge für Elsaß-Lothringen.

Einreiseanträge von in Deutschland wohnenden Personen, die
sich nach Elsaß-Lothringen begeben wollen, haben nur
dann Aussicht auf glatte Erledigung durch die fran-
zösischen Stellen, wenn die Antragsteller darin einen
Gewährsmann oder mehrere in den verschiede-
nen zu besuchenden Orten, und außerdem die eigene
Adresse dafelbst, genau nach Straße, Nummer usw.
angegeben haben. Die Anträge, die dieser Vorschrift
nicht entsprechen, werden von den französischen Behörden
als für ihre Erhebungen ungenügend zur Vervollständi-
gung zurückgegeben.

Die Währungsreform in der bayerischen Berg-

arbeiter. In der Sitzung des bayerischen Landtages
wurde bei Besprechung von Bergarbeiterfragen fest-
gestellt, daß in oberbayerischen und nordbayerischen Be-
zirken die Forderungen der Bergarbeiter für die Verbesse-
rung der Lage der Arbeiter sehr hoch sind. Die bayerischen
Bergwerke hätten damit bewiesen, daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst der
Allgemeinheit stellten. Ein pfälzischer Abgeordneter
teille mit, daß die Bergarbeiter des Saarlandes, der
nach Ratifikation des Friedensvertrages auf 15 Jahre
unter französischer Oberhoheit stünde, in einem feierlichen
Gelöbnis erklärt hätten, daß sie gut bayerisch und
gut deutsch bleiben und nach Ablauf der fünfjährigen
Gefangenschaft geschlossen zum Vaterland zurück-
kehren wollten.

Erfolg der roten Armee.

Laut „Telegraph“ melden die englischen Blätter,
daß einem drahllosen Telegramm aus Moskau zu-
folge das rote Heer die Verfolgung der Truppen
Kollatsch fortsetzt und Nikolajew besetzt hat. Die
Bolschewisten nähern sich Dmsk. Sie haben Gefangene
gemacht, darunter einige Generale, und 54 Gefolge
erbeutet.

Nikita soll wieder auf seinen Thron.

Agamer Blätter melden, daß sich der frühere
Landeshauptmann von Krain, Schusterer, in Italien
aufhalte, um dort unter den Kriegsgefangenen so-
wieser Nationalität eine Expedition anzuwerben,
die die Wiedererlangung des Königs Nikita und die
Selbstständigkeit Montenegros zum Ziele haben.

Der Kaiserprozeß.

„Daily Telegraph“ erfährt von parlamentarischer
Seite die Regierung habe es trotz des feinerzeitigen
Beschlusses nicht mehr für gut, den Kaiserprozeß und
die Prozesse gegen die anderen am Kriege Schuldigen
in London zu führen. Die Deutschen, die gegen die
Kriegsgefeße versprochen haben, werden jedoch gleich-
wohl in England vor den Gerichtshof ge-
führt.

Für den Inhalt verantwortlich: B. Kraa, Bethel. — Druck und
Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld, Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach
Bielefeld, Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle
Inserate und Gebührendungen an die Geschäftsstelle: Missionar
Seienbrot, Bethel bei Bielefeld, Postfachkonto 7332 Hannover.

Alte künstl. Gebisse

Platinbrennstifte, Münzen (alte od. ausl.)
Gold- und Silbersachen zum Einschmelzen
kauft zu höchsten Preisen
Röpcke, Bielefeld, Oberntorwall 91.

Deutscher Verein Arbeiterheim zu Bethel bei Bielefeld.

Gegründet: 1885 durch Pastor O. Friedrich von Bethelshausen.
Zweck: Dem deutschen Familienvater bei der Anstellung im Ein-
familienhause behilflich zu sein.
Wird in allen Angelegenheiten des Familienwohlens erteilt. Stellen-
die Geschäftsstelle des Vereins zu Bethel bei Bie-
lefeld. Teils ist auch eine Geschäftsstellenvermittlung, die sich selbst
dabei unterrichtet, gegen Voreinbarung von M. 1.75 zu begeben.

Bibliisches Spruchregister.

enthaltend ca. 3000 Versanfang,
Bibelstellen und Gleichnisse (nach
Luthers Übersetzung). Zur leichten
Aufindung von Bibelstellen al-
phabetisch geordnet
von Pastor G. Bethelshausen,
3.-5. Tausend. Preis 1 M., in
Leinwand geb. 1.50 M. Verlag
der Buchhandlung des Evang.
Gemeinschafts-Verlages, Bethel,
Druckerei.

Billige Uhren

ed. Silber 45,
Nidel . . . 31.
Bedürfen 15,-
Alles Friedens-
ware.
Uhren-Klinik
Bernh. Dierse,
Bentelstr. 7.

Einmalige geogr. Familienwa.
dem in der Zeit des Umstürzes
erwartet die Familie gekündigt
konnte trotz größter Mühe kein
andere erhalten u. wird dadurch
1. 20 brot- und wohnungslos
Welcher Christenmensch würd-
einem Bruder zur Ernährung
einer Existenz helfen, indem er
im 3. Aufzug eines Grundriss
10-15000 Mark
leibt? Rag. unter Fr. Kl. 9 an
die Geschäftsstelle d. Bl.

Pr. Worpel, Herford
Musik-Instrumente
Müller, Herford
Musik-Instrumente
Müller, Herford

Die Evangelisch-soziale Schule in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie
übermittelt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschafts-
arbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich. Anmeldungen
geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet
sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann
sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindeführer,
Jugendpfleger, Missionsjüngling oder was es sei.
Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.

Der Christlich-nationale Verein a. V. Sitz Bielefeld

begleitet die Förderung der Volkshilfe und Volkshilfe auf christlich-
nationalen Grundsätzen. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem
Gebiete allerorts gemachten Erfahrungen sein, um dieselben weiteren an-
derwärtsigen Kreisen zugänglich machen zu können.
Höhere Auskünfte erteilt Emil Hartwig, Delegat an der Evan-
gelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Ich weiß ein
Wena ich mit
Wird' seine
Wird' seine
Und weil ich
Und weil ich's
So bitt' ich ein
Als jeden Tag

Woran

Wenn man
kies und von
vereine, Gesell-
meinen, die Si-
das Gegenteil
vollsten Kräfte
zusehen. Und
Zeit wie die h
wirklichen Sch
wohl der einzi
Regierung vor
aller einschläg
Und eine wirk
der Grund- un
der Bauweisen
eisten Fragen g
„Wiventis fatis“
ein Arbeiterve
sprechen und I
folgung eine C
hier daher nur
tigten Gebiet,
zur Erörterung
Die Bode
m a s ch e s
wirklich tatkrä
Behörden siche
Auch auf d
und da Versu
schlagenen vers
kellchaft „Volk
welche in groß
wirklich einwar
kürzester Einscha
trotz fast einjä
kommen und ab
gangen. Welch
des nächsten Ja
hatt weiter org
Die Bau p
leider nur im
sch aus dem Z
hergegangenen
betrachtet werd
weiter zwar er
Entwurf für d
recht rüchständ
polizei muß r
g r i d i c h
eingestellt wer
Aufgabe muß f
liche Wohnlich
an jedem Ent
üben, für welch
antwortung üb
Kupaläfte von
dings notwendi
selbst unmögli
nach Wohnung
schaffen mit ein
gelände. Für e
Tat ihre Kritik
zu gelangen, n
vernünftige Ge
Wohnliche mit